

Zur Sache

IX-2025

Israel errichtet eine Schreckensherrschaft im Westjordanland Reportage von Luc Bronner "Le Monde" 11.12.25 „[Link](#)“

„Dieser Artikel ist als Hauptschlagzeile auf Seite 1 der Freitagsausgabe von "Le Monde" erschienen. Stellen Sie sich vor, dass dieser Artikel auf Seite 1 einer vergleichbaren deutschen Zeitung wie etwa der SZ (Süddeutsche Zeitung) erscheinen würde“. Anton-Günther Janßen

Das Ausmaß der Gewalt war seit Beginn der Besatzung im Jahre 1967 noch nie so hoch. Man nennt das einen Zustand der Angst. Und er zeigt sich in den Augen, in den Worten, im Schweigen der Bewohner von Kafr Aqab, einem Viertel an der Straße zwischen Jerusalem und Ramallah. Einige Stunden zuvor, an diesem Freitag, dem 21. November waren zwei Palästinenser im Alter von 16 und 18 Jahren an der Kreuzung mehrerer Geschäftsstraßen von Soldaten der Grenzpolizei – dem militarisierten Pendant zur französischen Gendarmerie und sehr aktiv im besetzten Westjordanland und in Ostjerusalem – erschossen worden. Offiziell sahen sich die Polizisten mit einer Unruhesituation konfrontiert, mit Steinwürfen und dem Abfeuern von Feuerwerkskörpern. Die Polizei, unterstützt von einem in einem halb verfallenen Gebäude in der Nähe positionierten Scharfschützen, eröffnete das Feuer und traf den Quellen zufolge zwischen vier und sechs Personen. Zwei von ihnen starben, einer, nachdem er langsam auf dem Asphalt verblutet war, weil die Soldaten keine Genehmigung erteilten, ihn medizinisch zu versorgen.

Die Palästinenser haben Angst. Vor der Armee. Vor der Polizei. Vor dem Shin Bet (dem Inlandsgeheimdienst). Vor den Siedlern. Vor Festnahmen. Vor Verhören. Vor Gefängnis. Vor Checkpoints. Vor Patrouillen. Sogar davor, die Straßen zwischen den verschiedenen Städten des Westjordanlands zu benutzen. „Die Soldaten kommen, sie sperren die Straße. Oft schießen sie Tränengas, manchmal mit ihren Waffen. Ohne Grund. Sie terrorisieren uns“, sagt ein Restaurantangestellter und bittet darum, keine Angaben zu seiner Identität zu machen – wie etwa zehn Händler rund um die Kreuzung von Kafr Aqab, wo die beiden jungen Männer getötet wurden. „Was sie wollen, ist, uns Angst einzujagen, und es gelingt ihnen: Ich habe Angst“, sagt ein anderer, ein Mann in den Fünfzigern, der davon träumt, Asyl in Spanien zu finden. „Sie wollen uns vertreiben“, sagt ein dritter. „Palästinensisches Blut fließt, aber es zählt nicht. Niemand sagt ihnen, sie sollen aufhören“, bemerkt ein vierter.

Angriffshubschrauber

Diese Worte hört man in Ramallah, Bethlehem, Sinjil, Nablus, Turmus Aya oder Tubas. Eigentlich in der ganzen Westbank. Denn, obwohl die militärische Besatzung durch Israel seit 1967 andauert, hat sie sich seit der Machtübernahme einer rechtsgerichteten und rechtsextremen Koalition um Premierminister Benjamin Netanyahu Ende 2022 grundlegend verändert – so berichten zahlreiche palästinensische und israelische Quellen. Die Entwicklung hat sich seit dem 7. Oktober und dem Angriff der Hamas auf Israel, bei dem mehr als 1.200 Menschen starben und eine Welle der Gewalt im Westjordanland auslöste – zusätzlich zu dem Konflikt in Gaza, bei dem etwa 70.000 Menschen ums Leben kamen, – weiter beschleunigt.

Die Zahlen sprechen in ihrer Kälte für sich. In zwei Jahren wurden 1.043 Palästinenser durch Kugeln des Militärs oder – seltener – durch Waffen oder Knüppel jüdischer Siedler getötet. Mehr als 10.000 weitere wurden verletzt, so die Zählungen des UNO-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). Im gleichen Zeitraum wurden 59 Israelis getötet und 315 verletzt – im Westjordanland und in Israel. „Der Anstieg der Opferzahlen durch Beschuss der Armee steht in direktem Zusammenhang mit der Lockerung der Einsatzregeln und der Übernahme von Kampftaktiken aus Gaza, die das Risiko für Zivilisten erhöht“, erklären zwölf israelische NGOs in einem gemeinsamen Bericht vom 1. Dezember.

Zwanzig Palästinenserinnen wurden getötet, so die NGOs, außerdem sieben Menschen mit Behinderung und mehr als 200 Minderjährige. Die Armee versucht kaum, die Veränderungen ihrer Einsatzregeln zu verbergen. Das Werfen eines Steins in Richtung Soldaten gilt als „terroristischer Akt“ und kann den Einsatz militärischer Gewalt rechtfertigen. Die Debatte über die Todesstrafe, die von Itamar Ben Gvir, dem Minister für nationale Sicherheit (religiöse extreme Rechte) angestoßen wurde und die sie für palästinensische „Terroristen“ einführen möchte, ist im Westjordanland überholt: Sobald Soldaten sich in einer vermeintlichen „echten Kampfsituation“ befinden, ist der Waffeneinsatz grundsätzlich legitim. Einschließlich des Einsatzes von Angriffshubschraubern, wie in Qabatiya. Oder der nahezu vollständigen Zerstörung von Flüchtlingslagern wie in Jenin oder Tulkarem Anfang 2025 – Bilder, die als bedrückend wahrgenommen wurden und an die Verwüstungen in Gaza erinnern. Eine Methode, die aus Sicht der Armee effektiv ist: „Wir wissen, dass die Zahl der von Jenin und Tulkarem ausgehenden Terroraktivitäten dank der Operation, die wir seit dem 25. Januar durchführen, um mindestens 50 % zurückgegangen ist“, betont eine offizielle Militärquelle. Die Armee sei bereit, weitere Schritte zu gehen.

Verstärkter Druck

Die Palästinenser prangern – vergeblich – die Straffreiheit der Soldaten an. Neu ist der Befund nicht. Geändert hat sich das Ausmaß der Toten: Zwischen 2018 und 2022 registrierte die UNO im Westjordanland 329, also durchschnittlich 80 pro Jahr. Die Armee behandelte 219 Beschwerden, davon wurden 107 Ermittlungen eingeleitet, wie die NGO Yesh Din berichtet. Nur eine einzige, symbolische Strafe wurde wegen fahrlässiger Tötung verhängt. „Diese nahezu vollständige Immunität beseitigt jede Form von Abschreckung vor unnötiger oder ungerechtfertigter tödlicher Gewalt und normalisiert die Tötung von Palästinensern durch israelische Soldaten“, heißt es von den NGOs.

Manchmal sorgt ein Vorfall für internationale Empörung, wie bei den zwei Männern, die am 27. November in Jenin getötet wurden. Ausnahmsweise – denn auch palästinensische Journalisten sind massiv bedroht – haben Kameras die Szene aus der Ferne aufgenommen. Auf den Bildern sieht man die beiden Männer, die sich ergeben. Sie heben ihre Hände, knien nieder. Dann gehen sie langsam rückwärts, offenbar einer Anweisung folgend. In diesem Moment eröffnen die Soldaten der Grenzpolizei das Feuer und töten sie. „Die Soldaten haben genauso gehandelt, wie man es von ihnen erwartet“, reagierte Minister Itamar Ben Gvir, verantwortlich für Polizei und Gefängnisse. Am 9. Dezember machte eine Untersuchung der israelischen NGO B’Tselem die Armee zudem für den Tod zweier Brüder im Juni in Nablus verantwortlich – eine Szene, die von drei Journalisten gefilmt wurde.

Gleiche Beobachtungen gelten für Misshandlungen und Folter im Gefängnis. Fast 100 palästinensische Häftlinge sind in den vergangenen zwei Jahren in Haft gestorben, so die Recherchen von Physicians for Human Rights – eine Mindestschätzung, da Hunderte in Gaza festgenommene Menschen verschwunden sind. Unter ihnen konnte die NGO 26 Häftlinge aus dem Westjordanland identifizieren. Jeder dieser Todesfälle nährt Wut und Angst, zumal zahlreiche Zeugenaussagen von wiederholter, auch sexueller Folter berichten. Eine Strafstrategie, die von den Behörden nicht einmal verborgen wird. „Gefangene sollten mit einem Kopfschuss getötet werden, statt mehr Essen zu erhalten“, sagte Itamar Ben Gvir im Juni 2024. „Ich bin hier, um sicherzustellen, dass die Terroristen das absolute Minimum [an Nahrung] bekommen“, erklärte er im Juli vor dem Obersten Gerichtshof, um seine Anweisung zu verteidigen, die Ernährung der Gefangenen zu reduzieren.

Der militärische Druck, getragen von je nach Zeitraum 20 bis 30 Bataillonen, hat selbst während der intensivsten Operationen in Gaza zugenommen. Laut der Palästinensischen Gefangenenvereinigung wurden in den letzten zwei Jahren im Westjordanland mehr als 21.000 Menschen insgesamt festgenommen. Einige wurden freigelassen, andere blieben in Haft – im Rahmen eines Gerichtsverfahrens oder als „Administrativhäftlinge“, ein Status, der Inhaftierung ohne spezifische Anklage, ohne Prozess, ohne zeitliche Begrenzung erlaubt. „Eine beispiellose Eskalation massenhafter willkürlicher Festnahmen“, erklärte die Gefangenenvereinigung Ende November.

Die Armee verfolgt eine offensive und „proaktive“ Strategie gegen das Terrorrisiko, wie Generalstabschef Eyal Zamir sie am 1. Dezember bezeichnete. Die Armee vervielfacht ihre Razzien. „In Nablus wurden 400 Strukturen durchsucht“, erklärt die Armee am 12. Juni. „Die Sicherheitskräfte haben mehr als 220 Orte durchsucht und Dutzende Verdächtige vernommen“, heißt es am 27. November zum nördlichen Westjordanland. Trotz des massiven Einsatzes erscheinen die Ergebnisse hinsichtlich beschlagnahmter Waffen gering: Für den November meldeten offizielle Kommuniqués des Militärs lediglich eine Handvoll M16, Jagdgewehre oder improvisierter ‚Carlo‘-Maschinenpistolen in der gesamten Westbank.

Manchmal tauchen heimlich gefilmte Videos dieser Operationen auf. Doch meist verhindern die Israelis jede Aufnahme. Wie in Beit Ommar am 19. November: 400 Bewohner seien laut lokalen Quellen in der Nacht unter Androhung von Kriegswaffen festgenommen worden. Der palästinensische Aktivist Mohammad Awad zeigt das Stadion, in dem die Männer stundenlang festgehalten wurden: „Sie hatten die Augen verbunden, die Hände auf dem Rücken gefesselt, kniend. Es war verboten, miteinander zu sprechen“, erzählt er und berichtet von Schlägen und Beleidigungen. „Mit meinem Bruder, meinen Neffen und anderen mussten wir durch die

Stadt gehen, die Augen verbunden, im Gänsemarsch, die Hände auf den Schultern des Vordermanns“, berichtet ein Bewohner, der anonym bleiben will.

Die Armee bestreitet nicht – sie nennt nur andere Zahlen: 200 Befragte, 300 durchsuchte Häuser in Beit Ommar. Sie rechtfertigt die Operation mit einer Vergeltungsaktion nach einem Angriff auf Siedler auf der Straße nach Gusch Etzion durch zwei Männer, darunter einen 18-jährigen Medizinstudenten aus einer wohlhabenden Familie aus Beit Ommar. Ein 70-jähriger Siedler war getötet, drei weitere verletzt worden. Soldaten versiegelten das Haus der Familie des Angreifers. Sie hissten eine israelische Flagge und die Fahne der Golani-Brigade im ersten Stock, um das Gebiet zu markieren. Das Gebäude wird vermutlich später zerstört werden, um die Familie zu bestrafen – wie jede Woche an anderen Orten im Westjordanland.

Diebstähle und Zerstörungen

Am Abend liegen viele Städte wie Beit Ommar teils im Dunkeln. „Die Menschen schließen ihre Fensterläden und gehen nicht mehr hinaus. Es ist gefährlich geworden, draußen zu bleiben, wenn die Armee kommt“, bedauert Nassim Sabarna, 67, bis vor kurzem Bürgermeister der 23.000-Einwohner-Stadt und eine bekannte Figur im Kampf gegen die Besatzung. „Es ist ihre Politik, Angst zu verbreiten“, wiederholt er. Worte und Drohungen werden von Kugeln begleitet. Zwei junge Männer starben am 13. November in Beit Ommar durch israelische Schüsse in der Nähe einer Siedlung. „Sie waren im Begriff, einen Angriff zu verüben“, behauptete die Armee ohne weitere Angaben. „Sie waren 15 Jahre alt“, klagt der ehemalige Bürgermeister.

Im Westjordanland wendet die Armee das alte Prinzip der Kollektivbestrafung an. Auch hier hat sich das Ausmaß verändert. Im November war Beit Ommar mehrere Tage lang isoliert, die Armee blockierte Ein- und Ausfahrten für Autos. Gleichermaßen in Hebron. Wie in Dutzenden Städten und Dörfern, in einer unüberschaubaren Häufigkeit. Die Zerstörungen sind teils erheblich. „In Tammun wurden während einer massiven Armeeoperation Ende November die Straßen von Bulldozern zerstört, ebenso wie die Wasserleitungen, die uns mit Trink- und Bewässerungswasser versorgten“, erklärte der Gouverneur von Tubas, Ahmed Al Saad. Eine bewusst eingesetzte Methode. „Jedes Dorf und jeder Feind muss wissen, dass es einen hohen Preis zahlen wird, wenn es einen Angriff ausführt“, erklärte im September der israelische General Avi Bluth, Chef des Zentralkommandos für die Westbank, der von der israelischen Bürgerrechtsvereinigung ACRI der „Kriegsverbrechen“ bezichtigt wird.

Die Repressionsmittel sind zahlreich. Über 800 Sperren können jederzeit im gesamten Westjordanland geschlossen werden, um Bewegungen zu verhindern – auch für Rettungsfahrzeuge. Die Armee behält auch häufig, oft monatelang, die Leichen getöteter Palästinenser. „Kollektivstrafe bedeutet zum Beispiel, den Körper eines 14-jährigen Jungen nicht auszuhändigen. Aber warum?“, fragt der Bürgermeister von Sinjal, Moataz Tawafsha, und erinnert an den Fall eines im Juni bei einer Patrouille getöteten Minderjährigen. „Wir leben hier in einem großen Gefängnis“, sagt er und zeigt auf die acht Meter hohe Barriere, die die Israelis um das Dorf errichtet haben. Ein Gefängnis im Gefängnis.

Viele Quellen berichten von Diebstählen und Zerstörungen durch Soldaten bei Durchsuchungen – wie während der Kriege im Libanon oder in Gaza, wo sich viele Soldaten selbst gefilmt hatten. „Bei nächtlichen Hausdurchsuchungen oder Kontrollen an Checkpoints beschlagnahmen

israelische Sicherheitskräfte Bargeld, Schmuck oder Wertgegenstände ohne Dokumentation, die die Beschlagnahme rechtfertigen würde“, stellte die NGO Yesh Din in einem im August veröffentlichten Bericht fest. Diese Praktiken existieren seit zwei Jahrzehnten, so die Organisation, „doch in den letzten Monaten haben sie sich sowohl verschärft als auch normalisiert“. In der Theorie sind die Strafen für Soldaten streng. In der Praxis führen Beschwerden zu nichts. Von 51 Verfahren in zehn Jahren führte kein einziges zu einer Anklage.

In diesem Mechanismus des Terrors spielen die Siedler eine Schlüsselrolle. Seit Jahresbeginn wurden laut UNO 1.600 Angriffe auf Palästinenser registriert – ein Rekordwert. Mehr als 1.000 Palästinenser wurden verletzt, doppelt so viele wie 2024, so dieselbe Quelle. „Die Siedler kontrollieren das ganze Tal. Ihr Anführer hält sich für den Sheriff. Vor dem 7. Oktober hatten sie Angst vor der Armee. Jetzt nicht mehr“, sagt der Bürgermeister von Turmus Aya, Lafi Adeeb. Seit dem 7. Oktober haben sich die Siedler massiv bewaffnet: Ein Teil der zusätzlich vergebenen 220.000 Waffenscheine, die Minister Itamar Ben Gvir ausgestellt hat, ging an die Siedlungen, die nun von etwas geschützt werden, das privaten Milizen gleichkommt.

Vom Hügel von Silwad an der Straße Nr. 60, die die Region von Norden nach Süden durchquert, wirkt der winzige „Outpost“ der jüdischen Siedler fast lächerlich: einige Wohncontainer, seit Dezember 2024 aufgestellt, kaum ein Dutzend Menschen. Doch diese – selbst nach israelischem Recht – illegalen Siedlungsposten, geschützt vom Militär, verändern das Leben Tausender Palästinenser grundlegend. „Sie lassen niemanden auf unser Land. Wenn wir uns nähern, riskieren wir den Tod“, sagt Bürgermeister Raed Hamed. Hier wie anderswo überlagern sich die Ängste – vor Soldaten und Siedlern, wahrgenommen als zwei Gesichter derselben Politik. Ein 14-jähriges Kind wurde Ende Oktober von der Armee im Dorf getötet. Ein weiterer Minderjähriger, seit sechs Monaten in Administrativhaft, starb im März – wahrscheinlich aufgrund mangelnder Ernährung, so eine von Physicians for Human Rights zitierte Autopsie. Die Siedler besetzen täglich neue palästinensische Gebiete. 2023 wurden 32 Outposts errichtet, 61 im Jahr 2024, 68 in den ersten neun Monaten von 2025, so Peace Now. „Seit zwei Jahren breitet sich die Gewalt der Siedler von kleinen Dörfern bis in die großen Städte aus“, sagt Yair Dvir, Sprecher von B’Tselem. Das Westjordanland ist wirtschaftlich ersticken, territorial eingeschnürt, militärisch erdrückt.

„Widerstand auszulöschen ist eine traditionelle Methode Israels. Heute ist es anders: Sie wollen auch die palästinensische nationale Identität auslöschen. Sie träumen von einem Westjordanland – das sie ‚Judäa-Samaria‘ nennen – ohne Palästinenser“, sagt der palästinensische Aktivist Sari Orabi, der selbst in den 2000er-Jahren sieben Jahre im Gefängnis war.

In Israel, wo 10 Millionen Menschen leben, kannte fast jede Familie eines der 1.200 Opfer oder eine der 251 Geiseln vom 7. Oktober. Im Westjordanland, wo 3 Millionen Palästinenser leben, gilt das Gleiche für die 1.000 Toten, die 10.000 Verletzten und die 21.000 Männer, Frauen und Kinder, die festgenommen wurden oder noch in Haft sind. „Wenn der Druck zu groß wird, kommt danach die Explosion“, sagt Mohammad Awad, einer der wenigen, die in Beit Ommar ihren Namen nennen.

In dieser allgemeinen Verzweiflung glaubt niemand mehr an die Palästinensische Autonomiebehörde, die darauf bedacht ist, jegliche politische Proteste zu verhindern, gefangen

in der Sicherheitskooperation mit Israel und ständig am Rand des Zusammenbruchs. An der Kreuzung von Kafr Aqab äußert ein Händler einen Gedanken, der den politischen Niedergang angesichts des von Israel auferlegten Zustands der Angst widerspiegelt: „Wir leben unter einer doppelten Besatzung: Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde.“

Übersetzung: chatGPT /korrigiert

Quelle:

https://www.lemonde.fr/international/article/2025/12/10/israel-impose-un-regime-de-terreur-en-cisjordanie_6656784_3210.html

Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
Kontoverbindung:
IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK
Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina

Facebook und Instagram

